

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 69.

Breslau, Mittwoch, den 22. März 1916.

27. Jahrgang.

## Für und gegen den Kanzler.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgenden Antrag zur U-Bootsfrage im Reichstage einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei der Verhandlungen über die U-Bootsfrage alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicher stellt.

Mit diesem sozialdemokratischen Antrag, der uns durch Wolffs Telegraphen-Bureau zugeht, wird in unzweideutiger Klarheit dargelegt, wo die Sozialdemokratie in dem unverantwortlichen Minenkrieg gegen den Reichskanzler steht. Welt entfernt davon, die Hege mitzumachen, über die ein amtliches Organ nach dem andern sich öffentlich beschweren mußte, verlangt sie umgekehrt von ihm, daß er alles vermeiden möge, was eine Verschärfung und Erweiterung — und damit eine Verlängerung — des Krieges zur Folge haben könne und sie wünscht mit dem ganzen Volke ohne Unterschied der Partei und nur mit Ausnahme ganz weniger Kriegsinteressenten, daß die Regierung alles tun möge, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der Deutschland unverletzt, unabhängig und frei zu wirtschaftlicher Entwicklung herstellt. Die Kreise, welche sich um die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“ gruppieren, wissen ganz genau, daß das die Stimmung des ganzen Volkes ist, daß besonders der Reichskanzler mit seiner alles erwägenden Vorsicht sich auf das Volk stützen kann und gerade deshalb wird die Sage gegen ihn im Dunkeln eingeleitet, gegen die sich jetzt auch die „Freikämpfer Zeitung“ namens der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt und gegen die auch das Zentrum immer entschiedener Stellung nimmt.

Über die Stellung der einzelnen Parteien beim Beginn der Reichstagsverhandlungen gestattet die Berliner Presse eine ziemlich klare Uebersicht. Die „Tägliche Rundschau“, die „Post“, die „Neuesten Nachrichten“, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ bringen an leitender Stelle gleichlautende (!) Erklärungen, dahingehend, daß nach ihrer Ueberzeugung es ein dringendes Gebot der Stunde sei, der Sorge den Boden völlig zu entziehen, daß der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz mit seiner Haltung in der U-Bootsfrage und mit seiner Entschlossenheit im Zusammenhang stehe, dem englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Wettbewerb mit rücksichtsloser Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu begegnen. — Sie wissen natürlich, daß das der Fall ist und wollen nur demonstrieren und frondieren, demonstrieren für Tirpitz mit dem rücksichtslosen Vernichtungswillen, also mit neuen Feinden und längerem Kriege und frondieren gegen Bethmann-Hollweg, den man diesen Vernichtungswillen abspricht. Gegen diese Methode wendet sich im „Tag“ der bekannte Zentrumsabgeordnete Julius Bachem, wenn er schreibt:

„Man darf nicht einen geehrten Mann gewissermaßen als Parole ausgeben und ausrufen für diejenigen, die aus diesem oder jenem Grunde an der Zeitung der Geschäfte etwas auszusehen haben. Wie sich die verantwortlichen Stellen angesichts der internationalen Lage ein großes Maß von Zurückhaltung auferlegen, so sollten auch die Nichtverantwortlichen etwas von dieser Zurückhaltung bewahren, und von dem Parlament sollte man ohne weiteres annehmen dürfen, daß es seiner großen moralischen Verantwortlichkeit in diesem Augenblick sich bewußt sein werde.“

Auch die „Germania“ spricht die Erwartung aus, daß die Feinde, die mit Argusaugen unsere Aussprüche untereinander verfolgen, nicht den Keim beginnender Spaltungen, die sie erhoffen, sondern die blühende Tugend der Selbstbeherrschung finden werden, die uns groß gemacht hat und allein groß erhalten kann.“ Die „Freikämpfer Zeitung“ weist mit großer Schärfe darauf hin, daß die sonst so pehliche Rechte hier einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers verlangt, wie er nicht einmal in parlamentarisch re-

gierten Kreisen möglich ist und findet mit diesem Hinweis in der übrigen fortschrittlichen Presse, zum Beispiel in der „Breslauer Zeitung“, Zustimmung.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Antrage klar und scharf zu allen öffentlichen Anträgen und zu allen dunklen Machenschaften Stellung genommen: sie wünscht keine Verschärfung, keine Erweiterung, keine unnötige Verlängerung des Krieges, sondern baldigen Frieden und macht deshalb das Treiben gegen den Reichskanzler nicht mit.

Das deutsche Volk mag entscheiden, auf welche Seite es sich stellen will!

Aus Berlin wurde uns noch vor Bekanntwerden des sozialdemokratischen Antrages geschrieben:

Die Anträge, die die konservative und die national-liberale Fraktion des Reichstages soeben eingereicht haben und die einen möglichst scharfen U-Bootskrieg verlangen, haben den letzten Schrei von den Höhen gelöst, die seit Monaten hinter den Kulissen verfolgt werden. Es ist kein Zweifel mehr, um was es sich handelt: um nicht mehr und nicht weniger als um den Reichskanzler selbst, der bei gewissen militärischen und politischen Scharfmachern in den Verdacht gekommen ist, eine besondere und gute Waffe der deutschen Seeführung nicht so anzuwenden, wie es den militärischen und politischen Notwendigkeiten des Krieges entspräche. Man weiß, daß die Anhänger der konservativen und national-liberalen Anträge zugleich den aus dem Amte geschiedenen Staatssekretär des Reichsmarineamtes für sich beanspruchen, weil sie in ihm allein einen würdigen und energischen Vertreter des rücksichtslosen U-Bootskrieges erblicken. Der Kampf dreht sich also ursprünglich um eine militärische Frage, er ist aber immer mehr in eine rein politische umgeschlagen. Diese Entwicklung nimmt nicht wunder. Es ist klar, daß, wer auf dem einen Gebiet ein Spasmacher ist, es auch auf dem anderen sehr viel leichter sein wird als ein Mann, der überlegt und die Folgen seines Handelns höher wertet, als die Hartnäckigkeit seiner Prinzipien.

In dieser Hinsicht hat die sozialdemokratische Presse sich von vornherein auf die Seite des Reichskanzlers gestellt, so wenig sie auch sonst unter seine unbedingte Gefolgschaft gerechnet sein will. Es erscheint uns klar, daß über die militärische Kriegführung hinaus politische Rücksichten bestehen bleiben, die es rasch erscheinen lassen können, in bestimmten Zeitpunkten eine bestimmte Waffe nicht mit der Rücksichtslosigkeit anzuwenden, die man in anderen Zeiten wohl anwenden kann.

Die ganze Entwicklung der Dinge bietet aber auch über die Gemessenheit der Scharfmacher gegen den Reichskanzler hinaus eine Reihe von höchst beachtenswerten Momenten: das wichtigste und für die Zukunft bemerkenswerteste besteht darin, daß diejenigen politischen Fraktionen, die sonst das Parlament möglichst einengen wollen und im besonderen seine Unzuständigkeit selbst in minder entscheidenden Fragen der auswärtigen und militärischen Politik betonen, jetzt nicht nur einen direkten Eingriff in die auswärtige Politik, sondern geradezu in die Kommandogewalt des Kaisers vornehmen. Denn die Forderung, den U-Bootskrieg in einer anderen Art zu führen, als es die vom Kaiser abhängigen obersten militärischen Stellen tun, heißt nichts anderes, als die Führung des Admiralsstabes selbst in die Hand nehmen zu wollen. Wenn also jetzt die Konservativen und Nationalliberalen daran gehen, die Rechte des Reichstages zu erweitern, und für ihn auch einen direkten Einfluß auf die auswärtige und militärische Politik in Anspruch zu nehmen, so kann das für diejenigen, die eine möglichst scharfe parlamentarische Kontrolle und möglichst erweiterte Rechte des Parlamentes wünschen, nur höchst erfreulich sein. Wir werden auch sicher in der Zukunft Gelegenheit haben, den Konservativen und Nationalliberal-Freikonservativen ihr eigenes Vorgehen als Vorbild und Beispiel vorzuhalten. Denn diese Kreise können unmöglich für sich allein in Anspruch nehmen, über Dinge, die ihnen besonders am Herzen liegen, gerade jetzt mitreden und mitentscheiden zu wollen, sie werden das gleiche Recht später auch den anderen Fraktionen zubilligen müssen, wenn sich Dinge ereignen, über die gerade diese mitreden und mitbestimmen möchten. Es bleibt eine besondere Ironie der inneren deutschen Geschichte, daß diejenigen Leute, die sich um Beispiel damals nicht genug entrüsten konnten, als der Reichstag in der seligen Zobernanglegenheit eine schwächere Kritik übte und einige Wünsche aussprach, jetzt weit mehr tun und das in einer Zeit, die ganz anders ist als die da-

malige. Welches Geschrei ertönte damals und welche Witze äußerte sich in der konservativen Presse und auch in den konservativen Neben! Und nun dieser Gegenatz.

Deshalb ist es auch klar, daß es sich bei diesem ganzen Feldzug gegen den Reichskanzler auch nicht bloß um eine mehr oder weniger scharfe Anwendung des U-Bootskrieges handelt, sondern in letzter Linie um weit größere und folgenreichere Probleme. Diese Probleme — das ist gleichfalls kein Geheimnis — liegen einmal auf dem Gebiet der künftigen deutschen Friedensbedingungen und zweitens in der künftigen deutschen inneren Politik. Den Scharfmachern geht der Reichskanzler nicht weit genug in der Frage der Annektionen und er geht ihnen zu weit in der Frage der inneren Neuorientierung; sie glauben deshalb bei dieser Gelegenheit, wo sie einen starken Resonanzboden für ihre Politik im Volke zu haben vermögen, sozusagen in einem Aufwaschen die verabschiedeten Hindernisse ihrer Absichten zu beseitigen. Darum interessiert dieser Kampf die sozialdemokratische Partei besonders, ist er doch ein Kampf um die Grundsätze der zukünftigen Politik. So wenig die Sozialdemokratie eine unbedingte Anhängerin des Reichskanzlers ist, so sehr wird sie ihn doch unterstützen müssen in allen Kämpfen, die nicht nur um eine Verschärfung des gegenwärtigen Weltkrieges gehen, sondern um die große Frage der künftigen auswärtigen und inneren deutschen Politik. Der Kanzler kann daher gewiß sein, wenn er auf seinen Grundsätzen beharrt und neben allen Notwendigkeiten des Krieges doch gewisse Rücksichten auf andere Nationen in der Kriegführung für notwendig hält, er auf die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie rechnen kann.

### Neuer Vorstoß im Westen.

Die Erfüllung der französischen Stellungen bei Avo-court, die der geistige Bericht meldet, läßt ein weiteres energisches Vordringen der deutschen Truppen in die gleiche Höhe mit der bereits östlich erreichten Höhenstellung „Coteur Mann“ und Gehölz von Cumieres erkennen. Avo-court selbst, das, wie der „Lokalanzeiger“ schreibt, ebenfalls bedroht ist, liegt noch sieben Kilometer nördlich der wichtigen Eisenbahnlinie Verdun—Paris. Der Angriff galt also der weithin seitensstellung von Verdun, die sich durch den Argonnerwald auf Reims zu hinzieht und die jetzt auch eine Schwächung erfahren hat.

Die Russen dehnten ihren Unterstützungsangriff von Dünaburg bis nach Riga aus, hatten aber hier ebensovienig wie an der Seemplatte Erfolg.

### Japahan von den Russen besetzt.

Kopenhagen, 21. März. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, haben die Russen am 17. März Japahan genommen.

Die Unterjochung Persiens durch die Russen geht mit rasender Geschwindigkeit vor sich. Jetzt sind sie auf der alten Karawanenstraße, die von der längst in russischem Besitz befindlichen Hauptstadt Teheran nach der südpersischen Küste führt, entlang gezogen und haben die Hauptstadt des mittleren Persiens, Japahan (auch Jsfahan genannt) mit 80000 Einwohnern besetzt. Es ist sozusagen der Zentralpunkt des schwachen persischen Reiches und der Rest seiner einstigen Größe. Noch im 17. Jahrhundert soll er 600 000 bis eine Million Einwohner gehabt haben. Auch jetzt ist es noch der Zentralort der persischen Industrie, Knotenpunkt von fünf Karawanenstraßen, Sitz von 50 persischen Gelehrtenhöfen, aber seine überragende Bedeutung ist seit der Zerstörung der Stadt durch die Afghanen im Jahre 1722 dahin. Wenn jetzt die Russen ihre Herrschaft in dem wichtigen Plaze etablieren, so wird sie kaum eine Macht der Welt wieder herandrücken und sie werden sich an Persien, das sich nicht wehren kann, wohl schadlos halten für die Land-Verluste die sie in Europa erlitten.

### Noch eine Versenkung?

Rotterdam, 21. März. „Maatschappij“ berichtet aus London ein holländischer Dampfer, dessen Namen noch nicht bekannt ist, von dem am Sonntagabend an der Ostküste Englands 1026 Schiffe und 59 Dampfer in der Gegend von Dover gesunken sind.



# Die Staatssteuern in Preußen.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.

**Am Ministertisch:** Landwirtschaftsminister Dr. von Schölerer, Finanzminister Dr. Lenzke.  
Eröffnet wird die zweite Lesung des Fischereigesetzes. Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Malchahn (l.) wird das Gesetz einstimmig in diese angenommen, ebenso die Resolutionen.

Es folgt das

### Gesetz über die Erhöhung der Steuerzuschläge.

Es werden die Steuerzuschläge für Einkommen über 2400 M. und bei der Ergänzungsteuer um Beträge erhöht, die von 8 p Ct. bis 100 p Ct. bei der Einkommensteuer steigen und bei der Ergänzungsteuer 50 p Ct. der zu entrichtenden Steuer ausmachen. Die Kommission hat die Stellung dieses Gesetzes auf ein Jahr befristet.

Eine Resolution Friedberg (natl.) erucht die Staatsregierung, im Bundesrat auf eine reichsgesetzliche feste Abgrenzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in Beziehung auf Steuern und Abgaben hinzuwirken.

Eine Resolution Borich (Abt.) wünscht weiteren Ausbau des Kinderprivilegs.

Ein Antrag Braun (Soz.) will die Zuschläge erst bei 6500 M. Einkommen beginnen lassen, sie bis auf 120 p Ct. bei der Ergänzungsteuer auf 75 p Ct. des Steuerbetrages erhöhen.

Eine Resolution Braun (Soz.) wünscht für die künftige Mengehaltung Herabsetzung der unteren Einkommensgrenzen, Herabsetzung des Einkommens durch höhere Herabsetzung der Einkommen über 100 000 M. und Herabsetzung der Einkommensgrenze für alle Steuerpflichtigen.

Beziehungsänderung sind die Abg. Frhr. v. Zedlitz (l.) und Schmieding (Abt.).

Abg. v. Gasse (Konj.):

In der Kommission wurde schon die jetzige Bestimmung der Einkommensgrenzen als übermäßig hoch bezeichnet. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir uns um alle weiteren direkten Steuerlasten unsere Stellung vorbehalten. Dem Antrag Borich stimmen wir zu, die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab. Die Sozialdemokratie verlangt Aufhebung sämtlicher Kriegsklassen durch direkte Steuern, eine andere Auffassung hat daneben auch indirekte Steuern für angebracht. Man darf nicht vergessen, daß die direkten Steuern in Reich, Staat und Gemeindeverband überall das gleiche Objekt treffen und daß zu hohe direkte Besteuerung die Kapitalbildung hindert, die Industrie zum Stillstand bringt und sich schließlich gegen die Arbeiter selbst kehrt. Das gibt sogar der sozialdemokratische Labische Abg. Kolb zu. Wir müssen prüfen, ob nicht schon das vorliegende Gesetz im Verein mit den hohen direkten Steuern in den Gemeinden diese Grenzen bereits erreicht.

Abg. Dr. Zimmer (Abt.):

Wir wissen, welche großen Lasten die Vorlage dem Volke auferlegt. Wir können ihr gleichwohl zu, denn sie ist unbedingt notwendig. Sie haben zu unserem Volke auch das Vertrauen, daß es auch diese neue Last in dieser schweren Zeit willig auf sich nehmen wird. An sich hätten wir die erforderlichen Mittel auch durch eine Kürzung der Ausgaben. Aber welche günstigen Eindrücke muß es auf das Ausland machen, daß wir unsere Defizite durch Steuererhöhungen decken. Die sozialdemokratischen Anträge gehen uns zu weit. Die Zuschläge für die höchsten Einkommen Zuschläge vor, die direkt eine Konfiskation bedeuten. Wir bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, bei Einkommensgrenzen jede Doppelbesteuerung zu beseitigen. Wir wünschen gerade in der jetzigen Zeit der Teuerung eine Ausdehnung des Kinderprivilegs. Auch wir stimmen den Antragsanträgen zu. Die direkten Steuern müssen bei den Einzelstaaten bleiben.

Präsident Graf Schwerin-Pöhlitz macht dem Hause die beifällig aufgenommene Mitteilung, daß Graf Reventlow heute nachmittag 4 1/2 Uhr im Abgeordnetenhause einen Vortrag halten wird.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, in denen wir leben, werden auch meine Freunde der Vorlage zustimmen. Allerdings geht die Besteuerung reichlich weit. Besonders die Einkommensgrenzen werden davon schwer betroffen. Unter Antrag, dem entgegenzuwirken, ist leider in der Kommission nicht angenommen worden, man hat sich auf eine Resolution in dieser Richtung für die Zukunft beschränkt. — Sehr wichtig ist auch, daß an die Spitze der Veranlagungskommissionen Nachschube kommen, damit die Veranlagung nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt. (Sehr richtig!) Leider war auch diese Verbesserung nicht in diesem Gesetz durchzuführen. — Redner befragt den Besonderen einen Antrag.

Finanzminister Dr. Lenzke:

Bei der Umgestaltung des Einkommensteuergesetzes werden eine ganze Reihe von Fragen erneut zu prüfen sein, so z. B. die Frage der besonderen Veranlagungskommissionen. Das war während des Krieges nicht möglich, in Bezug auf die Veranlagungskommissionen mangelt es z. B. schon an den notwendigen Personen. Die Begrenzung des Gesetzes auf ein Jahr halte ich nach wie vor nicht für richtig, denn die kommenden Jahre werden sicher auch mit Höchstbeträgen abschließen und es ist nicht angenehm, jedes Jahr mit neuen Steuererhöhungen zu kommen. Aber ich muß mich mit der Begrenzung auf ein Jahr bescheiden. Die Hauptsache ist ja, daß die 100 Millionen bewilligt werden. Bei Annahme des sozialdemokratischen Antrags wurden 98,76 Prozent der Steuerpflichtigen nicht von der Steuererhöhung befreit. Durch das Gesetz werden schon 84 Prozent freigelassen. Aber das genügt natürlich den Herren nicht. Ich bin überzeugt, das Gesetz hätte formalisiert werden können wie es wollte, es wäre doch durch einen Antrag der Sozialdemokraten abertumpft worden. Ich bin immerhin überzeugt, daß die Herren auch bei einem so sozialen Gesetz wieder mit weitergehenden Anträgen kommen. Die Erhöhung der Zuschläge muß eine gewisse Grenze finden, wenn die Steuer nicht als Erdrosselungssteuer wirken soll. Das wäre der Fall, wenn man, wie es der andere Antrag Braun will, noch über 100 Prozent Zuschlag hinausgehen wollte. Die Frage der Erschließung neuer Steuerquellen für die Kommunen ist sehr schwierig, aber sie muß doch im Hinblick auf die schwierige Lage der Kommunen sehr reichlich erwogen werden. Mit Rücksicht auf die Kommunen ist auch eine weitgehende Durchführung des Kinderprivilegs, der ich an sich sehr sympathisch gegenüber stehe, schwierig. Als das Gesetz ist ein Provisorium. Hoffentlich gelingt es nach dem Kriege ein Gesetz zustande zu bringen, das alle Wünsche befriedigt. (Seitensitz.)

Abg. Gasse (Soz.):

Eine Folge des Gesetzes wird sein, daß viele Tochtergesellschaften von Aktiengesellschaften aufgelöst werden. Dadurch entgehen den betr. Kommunen wieder große Einnahmen. — Der Resolution der Kommission gegen die direkte Besteuerung durch das Reich können wir nicht zustimmen, dagegen sind wir für eine Abgrenzung der direkten Besteuerung im Reich und in den Einzelstaaten. Die hauptamtlichen Veranlagungskommissionen werden sehr wichtig sein, auch im Interesse des Staates selbst. (Sehr richtig! links.) Die Mängel der jetzigen Einkommensgrenzen hat der Finanzminister selbst schon vor vier Jahren anerkannt. (Hört, hört! links.) Das ist natürlich eine Verbesserung in diesen Verhältnissen eingetreten ist, ist sehr wenig

wahrscheinlich vor allem im Hinblick auf die Arbeitsüberlastung der Landräte, die deshalb vielfach die Einschätzung untergeordneter Organe überlassen. Viele Landräte sind selbst dafür, daß ihnen die Aufgabe abgenommen wird. In all den Fällen, wo hauptamtliche Veranlagungskommissionen aufgestellt sind, hat sich sofort eine Erhöhung der eingelegenen Steuern ergeben. (Hört, hört!) Durch eine richtige Steuereinschätzung könnte mindestens die Hälfte der Summe, die hier aufgebracht werden soll, schon bei den jetzigen Steuerbefragungen für den Staat herangezogen werden. (Hört, hört! links.) Den Antrag Braun können auch wir nicht verstehen; da stimme ich dem Minister ganz zu. Dagegen werden wir für die Resolution Braun stimmen. Als Ergänzung müssen wir die Aufhebung des § 23 des Einkommenssteuergesetzes verlangen, der die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen ihrer Angestellten anzugeben. (Sehr richtig! links.) Eine Reform des Kommunalabgabengesetzes ist dringend notwendig.

Finanzminister Dr. Lenzke betont gegenüber einer Anfrage des Vorredners, daß an den bisherigen Wahlkreisen durch die Erhöhung der Steuerzuschläge nichts geändert werde.

Abg. Gasse (Soz.):

Wenn es zur Deckung des vorhandenen Defizits nur die beiden Möglichkeiten gäbe, eine neue Pachtanleihe aufzunehmen oder die Steuerzuschläge zu erhöhen, so würden wir den Weg der Steuerzuschläge der Pachtanleihe vorziehen. Es fragt sich aber, ob es nicht noch einen dritten Weg gibt, um das Defizit zu decken. In der Kommission ist er auch bereits angedeutet worden. Es können durch Zurückziehung gewisser Staatspositionen noch viele Millionen gewonnen werden. Dabei denken wir an die Positionen, die angeblich zur Förderung der Jugendberufshilfe, in Wirklichkeit aber zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendorganisation trotz des Burgfriedens dienen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner an die bekannten Ausgaben für Gehaltsfonds im Interesse der Polizei, an die Kampfspositionen gegen die dänische und polnische Bevölkerung. So lange solche Positionen nicht aus dem Etat gestrichen sind, wird es sich eine Bausteine, die auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Staatsbürger steht, doppelt und dreifach überlegen müssen, ob sie den neuen Steuern ihre Zustimmung geben kann. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung bereits jetzt ganze Arbeit gemacht und eine durchgreifende Reform sowohl der staatlichen Steuergeheimhaltung als des Kommunalabgabengesetzes gebracht hätte. Wir geben zu, daß die Verhältnisse noch nicht so durchsichtig sind, um vollkommen übersehen zu können, wie sich die Finanzen nach dem Kriege gestalten. Wenn wir eine wirkliche Reform vorgelegt bekommen hätten, wäre es zweifellos möglich gewesen, die Minderbemittelten mehr als bisher von der Steuerpflicht zu entlasten und vor allem den Gemeindefinanzen Mittel und Wege an die Hand zu geben, damit sie die Aufgaben besser erfüllen können, die ihnen bereits vor dem Kriege bevorstanden und die sie auch während des Krieges in noch weit höherem Maße zu lösen gezwungen gewesen sind. Aufgaben, durch die sie ganz erheblich finanziell belastet werden. Es ist dringend notwendig, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag unterbreitet wird. (Sehr richtig!) Darüber, daß die neuen Steuerzuschläge nur auf ein Jahr bewilligt werden sollen, hat in der Kommission völlige Einmütigkeit geherrscht. Gegenüber unserem Antrag, die Einkommen unter 6500 M. von den neuen Steuerzuschlägen freizulassen, kam der Minister mit einem Argument, das keine Worte einen Sinn haben, nur bedeuten konnte, wir hätten den Antrag nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus emotionalen Gründen gestellt. Ich hätte gedacht, daß wenigstens in einer Zeit, wo anachronistisch berichtet, vom Regierungstisch derartige versteckte Angriffe gegen uns nicht erfolgen können. Selbstverständlich haben wir das Recht, zu jeder Vorlage der Regierung Vorschläge einzubringen, das werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sachlich ist unser Antrag vollumfänglich begründet. Sein finanzieller Effekt spielt für die Regierung keine Rolle. Der Minister hat selbst ausgeführt, daß die neuen Zuschläge für die Einkommen bis 6500 M. noch nicht einmal zwei Millionen einbringen. Im übrigen haben wir auch den Weg angegeben, wie der Zustand wieder eingetragt werden kann, nämlich dadurch, daß mit der Progression nicht halt gemacht wird bei den Einkommen von 10 000 M. Wir beantragen 125 Prozent Zuschlag bei den Einkommen von 200 000 M. Das sind 9 Prozent, und wenn bei 100 000 M. 8 Prozent erhoben werden, so ist 9 Prozent bei 200 000 M. wahrscheinlich nicht zuviel. Die Erhöhung der Zuschläge zur Ergänzungsteuer auf 75 Prozent, die wir beantragen, ist in der Kommission sogar von nationalliberaler Seite als eine Erhöhung bezeichnet, gegen die man kaum etwas einwenden könnte.

Der Minister hat von der erheblichen Wirkung des Steuerzuschlages gesprochen. Nun, diese erhebliche Wirkung bekommt heute schon jeder Staatsbürger in reichlichem Maße zu spüren. Wir dürfen doch nicht vergessen, in wie hohem Maße die wenigsten Staatsbürger mit indirekten Reichsteuern belastet sind. Gerade der jetzige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignetste, um die Kleineren und mittleren Einkommen noch weiter zu belasten. Und gerade vom Standpunkt der Herren aus, die sich fortgesetzt als

Freunde des Mittelstandes

ausspielen, ist der Widerstand gegen unseren Antrag unbegreiflich. Mit seiner Keuherung, daß je höher die Produktion ist, desto mehr die Sucht zur Steuerhinterziehung zu Tage treten werde, hat der Finanzminister gewissen Kreisen der Besitzenden gerade kein schmeichelhaftes Zeugnis ausgefertigt. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich halte es auch nicht für denkbar, daß das Herrenhaus in einer Zeit, wo jeder Opfer zu bringen verpflichtet ist, einer härteren Progression Widerstand leisten wird. Im Gegenteil, gerade das Herrenhaus müßte sich bereit erklären, dafür zu sorgen, daß die Besitzenden Kreise entsprechend Opfer bringen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Unserer Wünsche bezüglich der zu erwartenden Reform haben wir in einem Antrag niedergelegt, der selbstverständlich nicht erschöpfend ist. Für einen weiteren Ausbau des Kinderprivilegs sind wir selbstverständlich zu haben. Wenn der Finanzminister gegen den Antrag ins Feld führt, daß dadurch den Kommunen Einnahmequellen genommen würden, so hat er in gewissem Sinne Recht. Er vergißt nur, daß wir gleichzeitig eine durchgreifende Reform des Kommunalabgabengesetzes verlangen.

Für die Resolutionen, die sich gegen die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich durch direkte Besteuerung von Vermögen oder Einkommen wenden, können wir nicht stimmen. Herr v. Gasse hat sich auf einen Artikel meines Parteiprogramms bezogen. Wenn ich nicht irren sollte, sind die Reichsteuern nicht für die Förderung, alle indirekten Steuern aufzuheben und durch direkte zu ersetzen, ist eine Utopie, so ist das die Ansicht eines einzelnen Sozialdemokraten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ob mein Parteiprogramm mit dieser Ansicht irgend welche Projekte machen wird, müssen wir abwarten. Vorläufig weiß noch niemand von uns, welchen Standpunkt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu den neuen Steueranträgen einnimmt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist jedenfalls vollständig einmütig darin, daß wir indirekte Steuern entsprechend dem früheren Parteiprogramm abzuheben haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht den geringsten einzelnen Sozialdemokraten, sondern allein das Programm, auf Grund dessen wir getauft sind, ist für uns maßgebend. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat gesagt, durch zu hohe direkte Steuern werde die Akkumulation des Kapitals gehindert und

der Unternehmungsgeist dadurch geschwächt. Dieser Grund ist längst durch die Erfahrung widerlegt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wo soll denn die Grenze sein, von der ab der Unternehmungsgeist geschwächt wird, wenn die Steuer zu hoch ist? Bei einer Steuer von 100 Prozent würde allerdings niemand mehr ein Interesse daran haben, etwas zu unternehmen, wenn er doch dem Staate alles geben muß. Aber daß der Unternehmungsgeist geschwächt wird, deshalb, weil man 8 Prozent Steuern auf dem Markt des Vaterlandes obfern soll, glaube ich sicher nicht, noch dazu, wo von diesen 8 Prozent 3 Prozent ausdrücklich eine Kriegsteuer sind, die die Lasten des Staates mittragen helfen sollen, die der Krieg uns aufgebürdet hat. Täuschen wir uns darüber nicht. Die Resolution bedeutet den Versuch, die Lasten des Krieges zum größten Teil wieder auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einer Handvoll Produzenten zuzuliebe sollen die Arbeiter, wenn sie aus den Schützengräben heimkehren, noch weiter für die notwendigen Lebensmittel unerhört hohe Preise zahlen. Das ist der Dank, den Sie unseren Kriegern abstaten. (Sehr wahr! bei den Soz.) So wills Preußen, und Sie hoffen, Ihren Willen dem Reichstag und dem Bundesrat aufzuzwingen. Wir hoffen aber, daß nicht der Wille des preussischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage maßgebend sein wird, sondern der Wille der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, und wir sind der festen Überzeugung, daß der Reichstag Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (l.): Wir hoffen, daß die von dem Vorredner beschlossene Resolution von dem Hause mit großer Mehrheit angenommen wird. Im übrigen brauche ich auf seine Ausführungen nicht weiter einzugehen, der sachliche Ton seiner Rede wird erfindlich ab von anderen Ausführungen, die wie von jener Seite in den letzten Tagen gehört haben. Damit schließt die Debatte, das Gesetz wird nach der Kommissionsberatung angenommen, ebenso die Resolution der Kommission auf Einführung von hauptamtlichen Veranlagungskommissionen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Die Anträge der Sozialdemokraten werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. (Anträge, keine Vorlagen.)

Abg. Ströbel (Soz.) fragt an, wie es mit seiner Beschwerde über die gestrige Wortentscheidung stehe.

Präsident Graf Schwerin-Pöhlitz: Eine Beschwerde über Rufe zur Sache gibt es nach der Geschäftsordnung nicht. Ich werde Ihnen eine schriftliche Antwort erteilen.

Schluß: 3 1/2 Uhr.

## Kriegsnachrichten.

### Die geheimnisvolle „Möwen“fahrt.

Paris, 22. März. Korvettenkapitän Graf Dohna sprach sich über den Beweg der Möwe einem Redaktionsmitglied des „Volksanzeigers“ gegenüber ausführlich aus und bezeichnete es als einen besonders schönen Moment, als die deutschen Kriegsschiffe gefangen, die sich an Bord der Yppam begeben wurden. — Die armen Kerle tranken ihren Augen kaum, als ihre Kabinen plötzlich geöffnet und sie hinaus an Deck geführt wurden. Worüber gerührt standen sie da. Ich ließ sie — so erzählte Dohna — an Bord der „Möwe“ schaffen und brachte das Kaiserwörter aus. Seltener ist so lauschend, als glücklicherweise in diesen Tagen nur in den Koffern der Engländer existiert. Der letzte Teil der Fahrt wurde unter dem Schutze der deutschen Flotte zurückgelegt. Keiner von uns wird jener Augenblicke aus dem Gedächtnis schwinden, wie an der Möwe Schiff noch Schiff mit drei Turms vorbedampfte. Keiner von uns wird je den Jubel und die Begeisterung vergessen, mit denen wir aus dem ganzen Meere überströmten wurden.

### Spione beim Erzbischof?

Brüssel, 21. März. Bei einer verhafteten Spionagebande wurden nach der Berliner Morgenpost Beweise gefunden, daß einzelne Mitglieder mit Kardinal Mercier in Verbindung gestanden haben. Die Spione haben den Briefschmuggel über die holländische Grenze betrieben und offenbar im Dienste der belgischen Regierung in La Sabre gestanden. Unter den bei ihnen beschlagnahmten Briefen befand sich ein eigenhändiges Schreiben des Kardinals Staatssekretär Gasparris, das sich aber mit rein weltlichen Dingen beschäftigt.

Kardinal Mercier hat sich der Spione bedient; sie übermittelten ihm Briefe von der belgischen Regierung, und er hat sich persönlich mit einem Mitgliede der Bande unterhalten, um sich den Mechanismus des Briefschmuggels erklären zu lassen. Der Kardinal hatte, nach dem genannten Berliner Blatt, natürlich Gelegenheit, mit dem heiligen Stuhl auf ordnungsgemäße Weise zu verkehren, und er brauchte sich dazu keiner dunklen Ehrenmänner zu bedienen. Da er das getan hat, läßt tief blicken, und dadurch erklärt sich auch, daß beispielsweise der Brief des belgischen Erzbischofs an die deutschen Bischöfe in der Auslandspresse veröffentlicht werden konnte, ehe er in Deutschland angekommen war. Das Weitere wird wohl die holländische Staatsverwaltung aufklären.

### „Aufbruch“ in Portugal.

Amsterdam, 21. März. Nach englischen Privatmeldungen aus Portugal sind in den letzten Tagen im ganzen Lande erneute Unruhen ausgebrochen. Kopalisten und Arbeiter-Verbande bekämpfen in schwerster Weise die Regierung. Als die Militärbehörden die Arbeiter-Versammlungen schlossen, erfolgte Straßenkämpfe zwischen Arbeitern und Militär, bis die Soldaten sich weigerten, die Waffen zu gebrauchen. Neue Regimenter, die die meuternden Soldaten ergreifen sollten, traten nicht an. Jetzt ist über die unruhigen Landestteile der Belagerungszustand verhängt worden. Die Lebensmittelzufuhr stockt im ganzen Lande, wodurch eine neue riesige Feuerung entstanden ist. Die Londoner Presse hält Nachrichten aus Portugal zurück. Alle Nachrichten nach Spanien gehen durch die portugiesische Militärzensur.

Wer an die Sensationmeldungen vom „Aufbruch“ in Polen (als es noch russisch war), vom Kaukasus, von Ägypten, von Indien, von China, von Marokko, von Mexiko denkt, weiß, was er von solchen Nachrichten zu halten hat.

### Meine Kriegsnachrichten.

Kamerun und Ostafrika. Abg. Hoffmann hat nachfolgende Anfrage eingereicht: In der Reichstagszeit in der Lage, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Übertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet, sowie über den Stand des kriegsrechtlichen Ereignisses in Ostafrika? Der Kommandant von Godes ist in Paris eingetroffen.

**Familiennachrichten.**



Den Heldentod fürs Vaterland erlitt nach 19 monatlichen schweren Kämpfen am 8. März durch Granatsplitter unser innig geliebter Mann und Vater, lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehrmann

**Karl Grimm**

Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 38, 12. Komp. im Alter von 29 Jahren 4 Monaten. Die zeigt schmerz erfüllt an Breslau, den 22. März 1916 9794

Die tiefgebeugte Gattin nebst Töchtern und Verwandten.

Fern ist Dein Grab. Tief unser Schmerz. Nun ruhe sanft. Du gutes, edles Herz.

**Stadt-Theater.**

Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Notre Dame“. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Der Troubadour“. Freitag: Geschlossen.

**Lobe-Theater.**

Mittwoch 8 Uhr: Schiller-Vorstellung: „Wilhelm Tell“. Donnerstag 8 Uhr: „Die selbige Erzählung“.

**Thalia-Theater.**

Mittwoch 8 Uhr, Große O.: „Elsa“. „Geschwister“. Donnerstag 8 Uhr: „Neben unsere Kraft“.

**Schauspielhaus**

Cyrcette-Sühne. Zeitl. 1345. Heute und täglich 8 Uhr: „Die Elendstüchlein“.

12 Pl. Rejorabier u. h. Tisch 12 Pl. der Dreikönig-Union-Bräuerei. [9254]

**Liebig Theater**

Heute abends 8 Uhr: Nur noch kurze Zeit! Auf ins Liebig!

**Zeltgarten**

Das seit dem 16. März Neue Riesenprogramm. Anfang 7 1/2 Uhr. Militär frei.

**Circus Busch**

Leitung: Direktor Krone-Charles. Heute Mittwoch 2 gr. Vorstellungen. Letzte Vorstellungen Sonntag den 2. April.

**Verkehrsbüro Barasch. | Konzertdirektion Engelbert Milde.**

Großer Konzerthausaal Montag, den 17. April, abends 8 Uhr: **Alpensinfonie** von **Richard Strauß** ferner: Vorspiel zu „Suntram“ „Tod u. Verklärung“ Orchester: Die gesamte Kapelle der Königlich Hofoper zu Dresden 110 Künstler. Leitung: Der Komponist: Dr. Richard Strauß. Regl. Generalmusikdirektor. Vorverkauf: Verkehrsbüro Barasch, Ring. Preise der Plätze: 20, 15, 10, 6, 5, 4, 3 Mk. Die Preise verstehen sich ohne Hintersteuer.

Am Mittwoch, den 19. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Hausknecht

**August Kanzok**

im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes A-denken werden ihm bewahren Die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Breslau). Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Wenzel-Hancke-Krankenhaus aus nach Gräbchen, St. Heinrich, statt.

**Ausstellung von Musterwohnungen**

zum Wiederaufbau Ostprensens von 16.-30. März. Gröffnung am 16. März, mittags 2 Uhr. Heiderichs Optische Industrie, Silesian, Schützenstraße 27. Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Eintritt 30 Pfg. nur Schen des Nationalen Anzeigerblattes.

**Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.** Se Register nach der Familien- und der Wohnort.

**Viktoria-Theater**

Nur noch kurze Zeit! „Pipin der Kleine“ mit Perry Sibla. Anfang 8 Uhr. Heute 8 Uhr.

**mit Teilzahlung!** Kleiderstoffe, Vorzüge, Billig und reell. Kupferstraße 12. Hof.

**Blusen**

in Tafeln 1,75, 3,75, 5,75 u. 7,50 in Weite 3,75, 5,75, 7,50, 10,- in Größe 7,50, 10,-, 12,-, 15,-. Garfonsbrasse 22, I. Etage gegenüber der Markthalle

**Alte Fahrräder**

Zubehörteile, Freilaufnaben, Schläuche, Mäntel usw. Kauf

**Hofendorf, Bismarck-Str. 28.**

**Serfanie geb. Möbel**

Schöne, moderne Möbel, alle ganz neuen - Einrichtungen zu 30, 50, 70 etc. Gröblichstraße 17.

Vornehme eigenartige **Augen gläser** mit gewölbten Hohlgläsern „Punktal“ in allen möglichen Zusammenstellungen empfiehlt, 8,70 Augenuntersuchung zwecks Zuteilung der richtigen Gläser unter Garantie. **Rich. Fiedler, Optiker** Breslau, I Albrechtstraße 10, II Schweißmüller Straße 41/42.



**Konfirmanten-Anzüge** in blau u. schwarz von 13 Mk. an abwärts. M. Juliusberger Herrenkleiderfabrik Albrechtstr. 41. II. Et. (Kein Laden) 1910

**Rad** Stahl, werten 25, 50, 55, 60 etc. Tam. Rad 50, 70, 80 etc., neue Kläder haltbare, reelle Ware. 1240 etc. Gröblichstr. 62.

**Fahrradhaus Pohl** Gröblichstr. 62.

**Er scheint dreimal wöchentlich. Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.**

<p><b>Brieg</b> Arbeiter Konfektion. Bierbrauereien. Bierverlag. Destillation, Weizhandlung. Fahrräder u. Nähmaschinen. Fleischerei u. Wurstfabrik. Holz- u. Kohlenhandlung. Hüte, Nützen, Pelzwaren.</p>	<p><b>Bunzlau</b> Trikotier, Weiss- u. Wollwar. Glogau Berafskleidung, Wäsche, Trikotieren. Herren- u. Knaben-Garderobe. Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren. Musikwaren.</p>	<p><b>Jauer</b> Restaurateure. Seiden, Parfümerien. Neumarkt Bierbrauerei. Ohlau Bäckerei und Mehlverkauf. Bierbrauerei, Bierverleger. Dresdner. Fleischerei u. Wurstfabrik. Fahrrad-Reparatur. Eisen- u. Goldwaren. Eisen, Goldwaren, Rattanwaren. Woll- u. Weisswaren, Herren- u. Knaben-Konfektion. Woll-, Weiss- u. Schokolade. Zigaretten.</p>	<p><b>Blumenthal</b> Kaufhaus. Herren- u. Knaben-Garderobe. Nägel- u. Butterhandlung. Möbel. Möbel, Konfektion, Schuhwaren. Papierhandlung u. Buchbinderei. Papierhandlung, Postkarten-Zentrale. Restaurateure. Schokolade. Seiden- u. Wappelfabrik. Lapisstein, Wollwaren, Wäsche. Eisen- u. Goldwaren. Eisen, Goldwaren, Rattanwaren. Woll- u. Weisswaren, Herren- u. Knaben-Konfektion. Woll-, Weiss- u. Schokolade. Zigaretten.</p>	<p><b>Peisterwitz</b> Bäckerei. Streblen Herren- u. Knaben-Garderobe. Trebmitz Bierbrauereien. Herren- Arbeiter-Garderobe, Manufakturwaren. Papier-, Galanterie- u. Spielw. Nähere Umgebung Breslaus. Cosel Bäckerei. Kolonialwaren. Dt.-Lissa-Stabelwitz Arbeiter-Bekleid., Schokolade. Brauer. Brauereien. Eisen- und Stahlwaren. Fahrräder und Nähmaschinen. Fleischerei und Wurstfabrik. Eisen- und Klempnerarbeiten.</p>	<p><b>Gasthöfe.</b> Kranz, W. Gasthof zum weißen Adler-Willaschek, Anton, Breslaustr. 3. Manufakturw., Arbeiterkonf., Dreiflügel-Groß-Sager, Dreiflügelstr. 10. Uhren, Gold- und Silberwaren, Otto Ocker, Dreiflügelstr. 31, etc. Rathen b. Dtsch.-Lissa Hundsfeld Fleischereien. Restaurateure. Klettendorf-Hartlieb Fahrradhandlg., Reparaturw. Fleischerei und Wurstfabrik. Restaurateure. Lokale a. d. Oder Restaurateure. Gr.-Mochbern - Schmiedefeld Bäckerei und Konditorei. Fleischereien u. Wurstfabrik. Kolonialw., Drogen, Fahrrad. Restaurateure. Schwitzwaren, Kolonialwaren.</p>	<p><b>Kl.-Mochbern</b> Restaurations. Neukirch - Maria-Höfchen Restaurateure. Operau Restaurateure. Oswitz Restaurateure. Rosenthal-Carlowitz Restaurateure. Schottwitz - Friedewalde Restaurateure. Gr.-Tschansoh Restaurateure. Kl.-Tschansoh Bäckerei. Fleischereien u. Wurstfabrik. Kolonialwaren. Woischwitz Restaurateure.</p>
---	--	---	---	---	--	--

## Am Grabe von August Kühn.

Nun liegt der gute Alte zum ewigen Schlafe, wo er über 40 Jahre ein Helfer und Berater des Volkes gewesen ist. Als er im Jahre 1872 in das große Weberdorf Ober-Langenbielau als tüchtiger Schneidergeselle zugewandert kam und die neue Lehre vom Glück und Geile aller bereit verflüchtete, da mochte wohl so mancher seiner Widersacher denken: „Was will der in unserem Kreise; er wird nicht lange bei uns rasten!“

Doch unser August war aus fernem Holz. Er ließ sich nicht nach, trotz aller Schwierigkeiten. Aus dem arbeitsamen Schneidergesellen wurde bald ein angesehenes Meister, später ein Gemeinderatsmitglied und ein Reichstagsabgeordneter. Ueberall wurde seine unermüdete Arbeit vom Vertrauen des Volkes belohnt. Und wenn es noch einen Beweis dafür bedurfte, mit welcher Liebe alle ihn verehrten, das letzte Geleit zum Grabe hat ihn erbracht.

Als wir Dienstag am frühen Nachmittag vom Bahnhof aus Ober-Langenbielau mit seinen unendlichen Schloten betraten, da elkten viel sonntäglich gekleidete Männer und Frauen dem Hause des Entschlafenen zu. Dort stauten sich viele Hunderte; die Straße und der Hof konnten die Trauer-Versammlung nicht fassen. In einem bescheidenen Zimmer lag unser August ausgebahrt. Viele gingen hinein, um das milde Vaterantlitz noch einmal zu sehen; manche Träne rann dabei aus dankbaren Augen.

Von nah und fern waren die Freunde und Genossen gekommen, um Abschied zu nehmen, und viel schöne Kranzspenden mit roten und anderen Schleißen und Inschriften legten sie am Grabe nieder. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte Genossen G. Müller aus Berlin als Vertreter entsandt mit einem Kranz, der die Inschrift trug:

Ruhe aus dem Kampfe!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion widmete einen Kranz mit den Worten:  
Lebten Grub!

Einige andere Inschriften lauteten:

Dem Veteranen der schlesischen Sozialdemokratie sendet den letzten Gruß

Die Redaktion und Geschäftsleitung der „Vollmacht“.

Unauslöschliches Gedenden bewahrt dem ältesten Streiter in Schlesien

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Dem alten Freund und Kampfgenossen ein dankbares Gedenden

Die Bezirksleitung der mittelschlesischen Sozialdemokratie Breslau.

Wer für das Wohl der Menschheit hat gerungen, in Wort und Schrift, den tötet nicht das Sterben; er lebt und wirkt, ihn preisen alle Jungen.

Redaktion und Verlag der schlesischen „Vormacht“.

Es schlägt ein Land der Liebe,

Sich rings um Land und Meer;

Es grüßt den teuren Toten

Ein kampfgelüftes Meer!

Vom Verband der ...

Lebend bist Du uns gestorben;

Todt gestorben wirst Du leben

Deine treue Kampfgemeinde

Wird um unsere Fahne schweben.

Sozialdemokratischer Verein des Wahlkreises Waldenburg.

Dem unermüdeten Kämpfer und guten Parteigenossen.

Agitationsbezirk Ober-Langenbielau.

Weitere Kränze waren gesendet von Redaktion, Druckeret und Verlag des „Proletarier“, Wahlverein Tauer-Landesbunt-Hollendain, Wahlverein Reilau, Schlesiener Gewerkschaft des Textilarbeiterverbandes, Textilarbeiter in Langenbielau, Bergarbeiter-Verband (Zahlstelle Neutrode), Wahlverein Neutrode, Organisierte Arbeiter von Peterswaldbau, Wahlkreis Schweidnitz-Striegau, Steinarbeiter Striegau, Transportarbeiter Langenbielau, Textilarbeiter Reichenbach, die Genossen des Wahlkreises Reichenbach-Neutrode, Sozialdemokratischer Verein Reichenbach, Arbeiterfänger Langenbielau, Sozialdemokratischer Verein Reichenbach, Freie Turnerschaft Langenbielau. — Vom Gewerkschaftsverband des Bergarbeiter-Verbandes war Reichstagsabgeordneter Genosse G. Müller antwortend.

Das schöne Lied „Ein Sohn des Volkes“ leitete die Trauerfeier ein. Genosse Feldmann, der unserm August Kühn jahrzehntlang als Kampfgenosse am nächsten gestanden hat, widmete dem teuren Toten herzliche und ehrende Worte des Bewundens. Aus den bescheidensten Verhältnissen hat er sich durch eifernen Fleiß emporgearbeitet und bis zum Lebensende seine ganze Kraft dem Wohl der Armen gewidmet. Durch Wort und Schrift, in der Gemeinde und im Parlament, hat er mit großem Eifer und Erfolg gewirkt die ganzen Jahre hindurch. Wir wollen dessen eingedenk sein und geloben, mit derselben Tätigkeit, Treue und Opferfreudigkeit, wie August Kühn, weiter zu arbeiten für unsere gute Sache.

Genosse Müller aus Berlin widmete dem alten kranken August namens des Parteivorstandes folgende Abschiedsworte. Fünf Jahrzehnte war es Kühn vergönnt, der Partei zu dienen. Als junger Mensch trat er freudig auf seinen Posten, den er bis zum Tode nicht verließ. Die Gesamtpartei schadet ihm Dank dafür; sie wird ihn nie vergessen.

Im Auftrage des Agitationsbezirks Breslau würdigte Genosse Schütz aus Breslau die Lebensarbeit des wackeren Alten. Mit ihm geht ein Mann dahin, der in Schlesien jahrzehntlang Vieles und Gutes geschaffen hat. Ich habe in fast 20 Jahren, guten und schlechten Zeiten, sein reines Gemüt und sein goldenes Herz kennen und schätzen gelernt. Unser August war ein guter Schwärmer, der auf hartem Boden Gedulds, Dauersinn geschaffen. Wir stehen bewundernd vor seinem Leben und Geloben, weiter zu großen Werken zu schaffen.

Nach einem stimmungsvollen Abschied ging es zum Friedhofe zu. Voran die ausständigen Genossen mit all den schönen Kränzen, dann der Zug mit dem teuren Toten und dahinter ein langer, langer Zug von Verwandten, Freunden und Genossinnen, vielen Hunderten von Männern und Frauen. Eine Überausung von Begleitern in ihrer lieblichen Trauer war im Kampfe.

Und die Straßen bis zum Friedhofe von jung und alt dicht umfüllt. Ganz Langenbielau nahm teil an dem Heimzuge unseres August Kühn, den alle kannten, alle liebten und verehrten. Wie könnte es auch anders sein! Wer so wie Kühn, jahrzehntlang allen getreulich beigegeben und geholfen hat, der lebt im Volke lebendig weiter, auch wenn der Leib verfallt. Vorbei gingen an Werkstätten und großen Fabriken. Was nicht mit im Zuge war, das grüßte ehrfurchtsvoll aus Höfen und Fenstern. Vorbei ging auch an Häusern der Reichen und Mächtigen, die staunend die gewaltige Teilnahme betrachteten.

Wie viele der Freunde und Gefinnungsgegnossen konnten ihren August auf dem letzten Wege nicht begleiten! Sie stehen draußen im Felde, in den Schützengraben. Aber, soweit sie Urlaub hatten, waren sie in Helmgrau mit im Trauerzuge.

Nicht Vergleute tragen den Sarg zum Grabe und senken ihn hinab. Müsst erdnt noch einmal, zuletzt ergreifend das Lied mit dem Schluß: „Schlaf wohl!“ Alles drängt zum Grabe, die vielen Frauen, all die Männer und Kampfgenossen. Jedes will noch mit einem grünen Zweiglein, mit einer Handvoll Erde, den lieben Toten grüßen und ihm vom Herzen danken. Ganz Schlesien wird seinen August Kühn niemals vergessen!

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. März

### Gegen den Zehnpfennig-Tarif!

Der Haushaltsausschuß, dem der neue Magistratsantrag über die Straßenbahnpreise überwiesen war, hat wiederum mit 9 gegen 6 Stimmen beschlossen, das Umsteigebillet auf 15 Pfennige, bei Lösung von Billettblock auf 12 1/2 Pf. zu erhöhen, jedoch nur für die Kriegszeit. An dem Preise der Schüler- und Streckenkarte soll nichts geändert werden. Es soll also in Zukunft bejahren per Fahrt:

der höhere Schüler	3 1/2 Pfennige
der Inhaber der Streckenkarte	5 "
der einfache Fahrgast	10 "
der Umsteigende	12 1/2 oder 15 "

bei 5 1/2 bis 6 Pfennige Selbstkostenpreis. Gegen eine solche Regelung der Frage hat der Oberbürgermeister erst in der letzten Sitzung der Stadtverordneten folgendes ausgeführt:

„Wenn es mir lediglich darauf ankäme, dem Etat höhere Mittel zur Verfügung zu stellen, so könnte es mir recht sein, wenn Sie nach dem Antrage des Ausschusses beschließen würden und den Umsteigeverkehr verteuern; aber ich kann nicht umhin, selbst auf die Gefahr hin, daß ich beide Möglichkeiten, Umsteigetarif und Zonentarif gefährde, meine wesentlichen Bedenken gegen den Umsteigeverkehr nochmals zum Ausdruck zu bringen. M. S., es ist garricht zweifelhaft, daß der Umsteigeverkehr gegenüber dem Zonenverkehr die erheblichen Ungerechtigkeiten enthält, wie der Herr Stadtverordnete Wolf ebenfalls ausgeführt hat. Es mag auch beim Zonentarif vorkommen, daß gelegentlich mal der eine oder andere, der aus einem Vorort in den andern fahren will, auf seinem Wege nur eine geringe Strecke zurücklegt, die eigentlich eine Bezahlung mit 15 Pf. nicht rechtfertigt; das wird aber beim Umsteigeverkehr in zahlreicheren Fällen eintreten. Sie werden dem Umsteigenden, dem Sie im übrigen die Unbequemlichkeit des Umsteigens auferlegen, obgleich Sie nicht mehr leisten, eine höhere Bezahlung auferlegen, und es kommt dann dazu, daß Sie von allen den Leuten, die umsteigen müssen, obgleich Sie nicht mehr an Leistung von der Straßenbahn verlangen, als die direkt Durchfahrenden, 15 Pf. erheben, also sie noch 50 Prozent höher belasten, wobei doch nicht bekannt werden kann, daß das gegenüber dem Selbstkostenpreise von fünf bis sechs Pfennigen eine ganz besonders hohe Belastung ist, zumal wenn man sich sagen muß, daß die Leute mit den Streckenkarten, vor allen Dingen, wenn Sie diese nur auf fünf Mark festsetzen wollen, nicht einmal die Unkosten des Unternehmens bedenken. Ich halte es für unbegreiflich und bin sehr erzürnt, beschließen Sie es, so wird es unserm Etat wahrscheinlich recht wohl tun, aber im übrigen beschließen Sie etwas, was zweifellos nicht bestehen kann und was Sie über kurz oder lang werden ändern müssen. (Zwischenruf unverständlich.)“

Schon, m. S., wie kommen über die Kriegszeit weg, und werden es uns nach dem Kriege nochmals überlegen; ob Sie aber während der Kriegszeit, wo man doch ein bißchen Rücksicht nehmen muß auf die Stimmung und Empfindungen der Bürger-schaft, nicht doch großen Unwillen gerade durch die Maßregel, die Sie beschließen wollen, hervorrufen, das bitte ich nochmals zu prüfen.“

Sollten Sie wirklich den Umsteigeverkehr mit 15 Pfennigen belasten, dann halte ich es für unbedenklich, daß Sie den 5-Mark-Streckenverkehr einführen können; das wäre ein so großer Kontrast, daß Sie unmöglich einen derartigen Beschluß aufrecht erhalten können.“

Auch die „Breslauer Zeitung“ meldet sich jetzt, wie es zuvor schon der „General-Anzeiger“ und die „Schlesische Zeitung“ getan haben, in sehr zutreffenden Argumenten gegen diese Verteuerung und tritt für den Zehnpfennigtarif ein. Sie schreibt:

„Wir gehören zu den glücklichen Bürgern Breslaus, die noch die ganze Zeit der glänzenden Venedischen Stadtverwaltung durchlebt und diese Zeit in lebhafter Erinnerung haben, und deshalb sagen wir nicht zu denen, die nicht wissen oder vergessen haben, daß seinerzeit die Straßenbahn-Aktien-Gesellschaft den Zonentarif hatte, von der Stadtverwaltung aber sehr gegen ihren Willen und unter gewaltigem Sträuben einfach gezwungen wurde, den einheitlichen Zehnpfennigtarif einzuführen, und daß die damalige Direktion der Aktien-Gesellschaft sehr erstaunt war, als dieser vermeintlich schlimme Eingriff ihnen keine Widerstände, sondern eine Mehrzahl von nicht we-

niger als 10 Prozent einbrachte! Eine solche geschichtliche Erinnerung gibt doch zu denken. Es ist doch nicht so, wie manche unserer Stadtväter anzunehmen scheinen, daß man nur für den Kopf jedes 15. oder 20. jährigen Fahrgastes so und soviel Mark im Monat oder so und soviel Pfennige für jede Fahrt draufzuschlagen braucht, um dann diesen Zuschlag glatt als Verdienst in die Tasche stecken zu können. Es kann, wie die Erfahrung zeigt, sehr leicht der umgekehrte Zustand eintreten, daß die Fahrpreiserhöhung nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Einnahmen bringt. Das hat beispielweise sehr bitter empfinden müssen unsere Preussische Staatsbahn-Verwaltung, als die famose Reichsfahrkartensteuer eingeführt wurde. Wie man hier aus der zweiten in die dritte und aus der dritten in die vierte Klasse abgewandert ist, so wird man künftig auf der Straßen Breslaus, wenn die Fahrpreise überpannt werden, neben der Straßenbahn zu Fuß wandern, wo man sonst gefahren wäre.“

Es ist schlimm für die Bürger Breslaus, daß Stadtverordnete, wie die Herren Deitinger, Hande, Bischof das alles vergessen haben, was sie unzählige Male selbst geredet und geschrieben haben.

### Die Seife ist knapp!

Zur herrschenden Seifenknappheit wird vom Kriegsaus-schuß für Oele und Fette geschrieben:

Seitdem eine gewisse Knappheit an Seifen eingetreten ist, wird den Hausfrauen vielfach empfohlen, aus häuslichen Fettresten und dergleichen selbst Seife herzustellen. Dieser wohlwollende Rat dürfte in Anbetracht der bestehenden geschäftlichen Bestimmungen ertheilt worden sein.

Durch die Bundesratsverordnung vom 6. Januar ist nämlich die Verwendung von Fetten und Oelen zur Herstellung von Seifen verboten und darf nur im Wege einer Ausnahme erfolgen, wenn die besondere Genehmigung von Seiten des Reichskanzlers erteilt wird.

Die Hausfrauen werden daher gut tun, ihre Fett- und Oelreste zu sammeln und dieselben einer Seifenfabrik, welche sich die Genehmigung verschafft oder zu verschaffen in der Lage ist, zu verkaufen. Die Selbstbereitung von Seifen im Hause ist schon aus dem Grunde unzulässig, weil hierbei das wertvolle Glycerin, das die Fette enthalten, nicht gewonnen werden kann und verloren geht.

Da das Glycerin einer unserer wichtigsten Kriegsgüter ist, bedeutet jede Vergeudung des wertvollen Materials eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung. Mit den in geringen Vorräten vorhandenen Seifen sollte in den Haushaltungen auf das Sparsamste gewirtschaftet werden.

Noch immer wird bei der Wäsche in unbedeutender Menge Seife vergeudet. In vielen Fällen wird die hochwertige Kernseife oder Schmierseife verwendet, wo der angegebene Zweck ebenso gut durch Verwendung des billigen Wackelpulvers erreicht werden kann. Vor allem aber sollte gegenwärtig ganz davon abgesehen werden, Seifen oder Seifenpulver zum Reinigen von Geschirr oder zu Scheuerzwecken zu verwenden. Für diese Zwecke sollte ausschließlich warme Sodalösung benutzt werden, die die selben Dienste leistet, wie die wertvolle Seife.

### Frühjahrs-Kontrollversammlungen.

Die Termine der Frühjahrs-Kontrollversammlungen im Landwehrbezirk I Breslau (Breslau-Stadt) werden durch Anschläge bekannt gemacht. Die in Kontrolle des Landwehrbezirks I Breslau befindlichen Mannschaften haben sich danach in den Tagen vom 3. bis 13. April zu den Kontrollversammlungen zu stellen. Für die nach Breslau beurlaubten Offiziere, Sanitäts-Offiziere, Veterinär-Offiziere, die im Dislokationsort stehenden Militärbeamten, Unter-Offiziere und Mannschaften aller Waffen finden am 14. und 15. April Kontrollversammlungen statt. Zu den Kontrollversammlungen sind die Militärpapiere mitzubringen. Verhumnis wird mit Arrest bestraft.

### Weiterzahlung der städtischen Familienbeihilfen und Teuerungszulagen.

Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung: die Familienbeihilfen und Teuerungszulagen (Arbeitsmarkt-) Zulagen für gering besoldete Beamte und Arbeiter zunächst vom 1. April bis 30. September weiter zu zahlen und dafür im ganzen 390 000 Mark zu bewilligen. Zur Begründung dieses Antrages schreibt der Magistrat:

„Das weitere Andauern des Krieges und die damit verbundene Verteuerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse sowie durch weitere Einberufungen wachsende Schwierigkeit, geeignete Arbeitskräfte zu den bisherigen Bahnen zu erhalten, machen die Weitergewährung der zuletzt durch Beschluß vom 16. September 1915 bis zum 31. März 1916 bewilligten Familienbeihilfen und Teuerungszulagen erforderlich.“

Wir haben dieses Mal die Kosten für das ganze Rechnungsjahr 1916 überschläglich nach besonderer Ermittlung berechnet und mit einem Zuschlage von 40 000 Mark zu den Teuerungszulagen für Arbeiter (für die aller Voraussicht nach noch weiter nötig werdenden Lohnerhöhungen) mit insgesamt 780 000 Mark in das Hauptextraordinarium des Stadthaushalts für 1916 — das dort näher erläutert — eingestellt. Darin sind eingeschlossen die zu Lasten der Einnahmen der Betriebs- und Unterverwaltungen gehenden Beiträge, um die sich am Jahresschlusse der Ueberschuß vermindert oder der Zuschuß erhöht.“

Die Familienbeihilfen und Teuerungszulagen sollen jedoch zunächst — wie bisher — auf ein halbes Jahr, also bis zum 30. September 1916 weitergewährt werden, da wir auch weiterhin daran festhalten, daß die gesamte Lohnerhöhung eine außerordentliche Maßnahme ist, deren Berechtigung nicht länger dauern soll, als die gegenwärtigen ungewöhnlichen Wirtschaftsverhältnisse.“

Sollten diese auch nach dem 1. Oktober 1916 noch fortbegehren, so werden wir die Weitergewährung der Zulagen auch für das zweite Halbjahr des Rechnungsjahres 1916 in besonderer Vorlage beantragen.“

Ueber das Weiterzahlen der städtischen Familienbeihilfen und Teuerungszulagen dürfte in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstag verhandelt werden.

In unserer gestrigen Ausgabe war an die Stelle des Magistratsantrages zu dieser Vorlage ein Teil der Stadtväter Rede aus dem Abgeordnetenhause geraten, die dann im Sitzungsbuch steht.



# Preussisches Abgeordnetenhause.

30. Sitzung, Montag, den 20. März, vormittags 11 Uhr (Fortsetzung).

Es folgt die zweite Lesung der Gesetze betr. die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Jungungs-Verwaltungen.

Die Kommission hat einen neuen § 1 a eingefügt, wonach die Ordnungstrafen bestehen können in Warnung, Verweis und Geldbuße. Nach § 2 der Kommissionsbeschlüsse soll die Befugnis, Ordnungstrafen zu verhängen, dem Landrat bzw. dem Bürgermeister zustehen; Beschwerde dagegen ist zulässig beim Bezirksausschuss, resp. Provinzialrat, der endgültig entscheidet. Beide beschließen auf Grund mündlicher Verhandlung.

Ein Antrag Braun (Soz.) will die Befugnis, Ordnungstrafen zu verhängen, dem Vorstand der Klassen zusprechen. Die Beschwerde dagegen soll zulässig sein beim Versicherungsamt und Oberverwaltungsamt. Außerdem soll eingefügt werden: Für ihr Verhalten außer dem Amte können die im § 1 genannten Beamten nicht disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

Ein freilichtiger Antrag will, daß über Strafen von über 9 Mark der Regierungspräsident entscheidet. Beschwerde soll nach diesem Antrage beim Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten resp. dem Oberverwaltungsgericht zulässig sein.

Ein Antrag Gronowski (Zentrum) schlägt § 2 die Regelung vor, daß Strafen gegen untere Klassenbeamten bis zu 9 Mark vom Klassenvorstand erlassen werden können, und will einen neuen Paragraphen in das Gesetz einfügen, wonach seine Bestimmungen auch für die Dienstvergehen der von Klassenverbänden angestellten Beamten gelten sollen.

Erdlich liegt eine Resolution Luerke und Genossen (Kons.) vor, die baldigste Vorlegung eines Gesetzes verlangt, der die Arreststrafen gegen Unterbeamte allgemein aufhebt.

Ein Antrag Ironsohn dazu wünscht Vorlegung eines solchen Gesetzes noch in dieser Session.

Abg. Schmitt (Vrt.): Die Kommission hat die große Verbesserung gebracht, daß sie die Arreststrafe für die Klassenbeamten und damit den § 1 a beseitigt hat. Die Konserwativen verlangen in einer Resolution Abschaffung der Arreststrafe für alle Unterbeamten. Solche Resolutionen haben wir schon oft genug gefaßt. Wir haben daher den Zusatz beantragt, daß das Gesetz, das diese entwürdigende Strafe für die Unterbeamten allgemein beseitigt, schon in dieser Session eingebracht werden muß.

In dem § 2 des Gesetzes liegt eine direkte Verflechtung der bestehenden Zustände. Das Strafrecht der unteren Ausschüsse ist dadurch erhöht worden. Außerdem ist den Beamten das Recht genommen, sich gegen eine Strafverurteilung beim Oberverwaltungsgericht zu beschweren. Wir wollen durch unseren Antrag erreichen, daß der jetzige Rechtszustand für die übrigen gemeindlichen Unterbeamten auch für die Klassenbeamten Geltung erhält. Die Hauptfrage ist die Garantie der Rechtsicherheit für die Beamten, eine eventuelle Wehrbelästigung des Oberverwaltungsgerichts kann demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Die Folge der Kommissionsbeschlüsse zu § 2 würde auch sein, daß in jeder Provinz über grundlegende Wehrstrafen auf dem Gebiete des Klassenbeamtenrechts einheitlich entschieden wird. Wünschenswert wäre ferner das auch in den Personalakten der Beamten verhängte Strafen nach zehnjähriger Bewährung aus den Personalakten gestrichen werden. Dem Antrag Gronowski können wir zustimmen, er sagt nur nichts über den weiteren Rechtsweg. Der Antrag Gronowski sollte mit unserem Antrag verbunden werden.

Abg. Hammer (Kons.): Meine Freunde werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. Den Antrag Ironsohn lehnen wir ab.

Abg. Braun (Soz.): Ich bitte bereits bei der ersten Beratung dieses Gesetzes ausführlich darauf hingewiesen, daß die preussische Staatsregierung mit ihrem Erlaß vom 18. Februar 1914 den Kreis der Kommandanten übertragen werden, zu wozu er gegen hat. Bei richtiger Auslegung des § 359 der Reichsverwaltungsordnung hätte das nicht geschehen dürfen. Das Gesetz brennt ausdrücklich, daß nur die auf Lebenszeit angestellten Klassenbeamten die Rechte und Pflichten der Kommandanten übertragen bekommen dürfen. Der Erlaß des preussischen Landesministers hat diese Rechte und Pflichten aber auch auf die Kommandanten ausgedehnt, denen Ruhegehalt zugesichert wird. Ferner besteht darüber große Unklarheit, inwiefern die Kommandanten eigentlich der Disziplinarkommission des Regiments resp. des Bürgermeisters unterstehen. Die Folge der zu weiten Auslegung des § 359 ist dann auch, daß die Vorstandsmitglieder der Klassenverbände immer mehr in der Richtung gebracht werden, Klassenbeamte nicht mehr mit Ruhegehalt anzustellen, nur dadurch ihre Disziplinargehalt zu erhalten. Andere Bundesstaaten, wie Sachsen und die süddeutschen Bundesstaaten, sind nicht in der Weise vorgegangen wie Preußen. Und die Beamten wollen auch nicht für das Unlenken des Bundesrats das freie Recht der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte aufgeben. Was eigentlich ein Trennvergehen ist, ist es verkehrt, wenn der Beamte Leistungen des Bundesrats nicht folgt oder dann, wenn er Leistungen des Bürgermeisters nicht folgt, darüber wird in diesem Gesetz auch keine Klarheit geschaffen. In der Kommission wurde von der Regierung darauf hingewiesen, daß in Konfliktfällen die höhere Behörde entscheidet. Aber solche Konflikte sollten gerade von vornherein vermieden werden. Man sollte die Beamten nicht der Willkür der Behörden überlassen.

Man zum Glauben selbst. Die Arreststrafe ist auch in diesem Gesetz nicht aufgehoben. Darstell sind fast zwei Jahrzehnte lang in diesem Hause Anträge auf Beseitigung der Arreststrafe für Beamte angenommen worden. Jetzt erklärt die Regierung, man müsse bei diesem Gesetz nicht eine Ausnahme machen. Dabei ist doch das ganze Gesetz eine Ausnahme. Die Arreststrafe bedeutet eine Degradierung der Beamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Die hierzu vorliegenden Anträge sehen das bisherige Erbit fort. Ich meine, wir haben die Regierung lange genug erstickt, und sollten bei dieser Gelegenheit endlich zu Taten übergehen und in diese Materie einmal Bescheid legen. Wenn wir hier wenigstens mit der Arreststrafe auskommen, dann wird ein solches Schwereckes Antragen der Angst überleben. Die Regierung veranlassen, etwas schneller zu einer allgemeinen Revision des Kommissionsbeschlusses zu kommen. Den Anträgen Gronowski und Ironsohn können wir auch zustimmen. — Der allem möchte ich die Regierung nochmals ersuchen, der Kommission der Kompetenzen zwischen Bürgermeistern und Klassenvorstand ein Ende zu machen. Der jetzige Zustand, daß der Klassenvorstand nur das Recht hat, den Beamten anzustellen, ihn zu befehlen, daß er aber im übrigen der Disziplinarkommission des Bürgermeisters oder des Landrats untersteht, kann die Arbeitsfähigkeit der Klassenbeamten nicht fördern. In der jetzigen Zeit des gegenwärtigen Fortschritts sollte auch die preussische Regierung ebenso wie die süddeutschen dem selbstgewählten Verwaltungsgesamten der Arbeiterbewegung das Vertrauen entgegenbringen, das sie durch ihre jahrelange Tätigkeit verdienen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gottlieb (Soz.): Solingen (Kons.): Auch wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. In den vorliegenden Anträgen sehen wir keine Verbesserung der Vorlage. Die Resolution der Konserwativen nehmen wir an.

Abg. Gronowski (Vrt.): Ich bitte, meinem Antrag als sehr vorsichtig gefaßtem Mittelweg zuzustimmen. Eine Revision der Verordnung vom 18. Februar 1914 wäre in der Tat notwendig. Sie liegt in der Tat dazu, daß die Klassen das Bestreben haben, Beamte nicht mehr mit Ruhegehalt anzustellen.

Ein Regierungsvertreter betont gegenüber dem Abg. Braun, daß die Auslegung der Reichsverwaltungsordnung im Einzelständnis mit dem Reichsamt des Innern erfolgt sei und erklärt im übrigen, daß die Regierung gegen den Antrag Gronowski nichts einzuwenden habe.

Damit schließt die Debatte. § 1 a der Kommission wird einstimmig angenommen, die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anträge werden abgelehnt, der Antrag Gronowski angenommen und mit dieser Veränderung die Kommissionsbeschlüsse. Die Resolution der Konserwativen wird mit der Einfügung des fortschrittlichen Antrags angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Stenographische Berichte). Schluß 2 1/2 Uhr.

## Politische Uebersicht.

**Eine sonderbare Strafzumessung.** Vor einigen Monaten war der Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes in Solingen, Genosse Karl Rapp, wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Belagerungszustand zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden, weil er eine Betriebsvermittlung bei der Polizei nicht angemeldet hatte. Jetzt wurde ihm die Mitteilung, daß durch allerhöchsten Gnadenlaß die Gefängnisstrafe zu dreißig Mark Geldstrafe, im Falle der Unbeibringlichkeit zu einem Tag Haft, umgewandelt worden sei.

**Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation.** Bei der Etatsberatung im Rieler Rathhause trat die sozialdemokratische Fraktion energisch für die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben ein. Nach lebhafter Debatte wurde fast einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben dahin abzuändern, daß der Gauleiter des Staats- und Gemeindefabrikantenverbandes zu den Sitzungen der Arbeiterausschüsse einzutreten ist und mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen kann. Der Magistrat erklärte sich mit dem sachlichen Inhalt des Antrages einverstanden, so daß die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben der Stadt zu erwarten ist.

**Staatliche Schweinefleischsubvention.** Die Regierung des Großherzogtums Hessen wird im Landtag einen Betrag von 200 000 Mark anfordern zur Unterstützung der Schweinefleisch im Lande. Die Regierung hat davon abgesehen, selbst Mastanstalten zu errichten, will aber Gemeinden, die Mastanstalten errichten, finanziell unterstützen. Auch an Private sollen unter bestimmten Voraussetzungen Zuwendungen gemacht werden. — Es wird erwartet, daß die größeren Städte des Landes, wie Offenbach, Darmstadt und wohl auch Mainz, Mastanstalten errichten werden.

## Schlesien und Posen.

Die Konturte im Jahre 1914 in der Provinz Schlesien.

Wie stark der Krieg auf die Konturte eingewirkt hat, das wird man erst dann erfahren, wenn die Vermögensverhältnisse für die Jahre 1915 und 1916 vorliegen. Inzwischen zeigt schon die Statistik für 1914 einen recht erheblichen Einbruch. Dieser ist nicht in der Wirtschaftlichen Lage zu suchen, denn sie ist während des Krieges fast ganz unverändert geblieben, vielmehr dürfte die günstige Wirkung des Gesetzes vom 8. 8. 11, betr. Anordnung der Grundbesitzsteuer hervorgehoben werden. Auch hat wohl der Umstand einzuwirken, daß jetzt viele Geschäfte von den Schatzkammern geräumt werden, weil die Konturten nicht ausreichen, so, daß verborgen bleiben. Bei allen Dingen ist die Statistik ein recht erschütterndes Bildnis der Konturte, die sich in Schlesien während dieses Jahres zeigte. Die Konturte fiel in den letzten 20 Jahren mit dem Jahr 1913 mit 12.776 auf, während 1914 nur 10.150 hatte, von denen auf die ersten 7 Monate 7011 und auf die folgenden 5 Monate nur 3139 entfielen. Welche erschreckend hohe Summen durch die Konturte verloren gehen, das zeigen die am Schluß dieses Artikels angegebenen Zahlen über die Verluste bei den nicht bevorrechtigten Forderungen. Auch die Angaben über die Konturten sind beachtenswert, die im Durchschnitt nicht weniger als 16 Prozent der verfügbaren Teilungsmasse betragen und die Kosten und Auslagen der Konturtenverwalter, welche allein 7 Prozent der Teilungsmasse verschlingen. Aus den Zahlen der Statistik kann man demnach mit Bestimmtheit herauslesen, daß unter Konturte einer Konturte verstanden ist, die auf die Konturte nicht mehr, Verminderung der Konturte selbst, sondern die Konturte und Verminderung der Konturte selbst, während der der Konturteverwalter.

Auf die Provinz Schlesien kamen 1914 an neuen Konturten 601 (1913: 830). Darunter wurden wegen Mangel an Platz abgelehnt 162. Auf Wahl-Teile kamen 99. Rechnerisch waren 539 (1913: 659). Von den bewilligten Konturten hatten 232 eine Schatzkammer von unter 10 000 Mark, 338 von 10 000 bis 100 000 Mark und 50 darüber. Die Forderung der Konturte betrug bei 215 bis zu einem Jahr, bei 393 1 bis 3 Jahren und bei 21 nach längerer Zeit. Bei diesen Konturten betragen die zurückbleibenden Forderungen 1.194.679 Mark, darunter Kosten und Auslagen der Konturtenverwalter 503.919 Mark. Die Summe der zurückbleibenden Forderungen betrug 2.111.839 Mark, die zur Konturte zur Verfügung stehende Masse 6.572.865 Mark. An nicht bevorrechtigten Forderungen stellten sich 1914 1.111.839 Mark. Im ganzen Deutschen Reich wurden 1314 8600 Konturte bewilligt (1913: 9058) mit einer Summe der zurückbleibenden Forderungen in Höhe von 439.331.350 Mark (1913: 148.867.317 Mark). An nicht bevorrechtigten Forderungen stellten sich 307.444.619 Mark (1913: 471.143.109 Mark). Die zur Verfügung stehende Teilungsmasse betragen 101.645.375 Mark (1913: 64.061.109 Mark), die Massekosten 16.523.710 Mark (1913: 15.443.618 Mark), darunter die Kosten und Auslagen der Konturtenverwalter: 7.160.929 Mark (1913: 7.332.056 Mark).

**Stille, 22. März.** Ein Loter, der selbst schreie. Große Freude ist dem hiesigen „Tageblatt“ zufolge, den Wägnereichen Eheleuten, Konstantin und Luise, widerfahren. Bei der Robilmachung wurden drei Söhne ins Feld, aber schon am 8. Oktober ließ der eine bei Antwerpen sein Leben und am 10. Oktober wurde auch der zweite Sohn als im Gefecht bei Boguslawitz, unweit Alexanderowo, gefallen gemeldet. Der dritte Sohn ist heute noch vor dem Feinde. Von dem Tode des zweiten Sohnes, des Wägnereichen Karl August Wägnere, erhielten die Eltern die Sterbeurkunde aus der Garnison und auch ein Kamerad berichtete ihnen ausführlich den Selbstmord seines lieben Freundes, teilte auch mit, daß die bei dem Gefallenem gefundenen Sachen, wie Uhr und Geld, bald überhandt werden würden. Letzteres traf aber nicht ein und lebten deshalb die Eltern in der Hoffnung, daß der Sohn nicht gefallen. Und richtig traf nur von der eigenen Hand des Sohnes ein Schreiben aus Sibirien ein, daß er nicht verunndet, sondern gesund auf der Station Daria sich befindet. Wenn auch in russischer Gefangenschaft, hoffen die Eltern nun doch auf glückliche Heimkehr ihres Sohnes.

**Schweidnitz, 22. März.** Eine sehr ungerechte Konturte, welche die des Nummernkaufmanns Hermann Treutler von hier. Zur Verfügung stehen 1923,17 Mark. Die Forderungen dagegen betragen 13803,22 Mark. Hierbei ist eine bevorrechtigte Forderung in Höhe von 3 Mark. — Die Konturte werden sich sicher sehr freuen!

**Geiselsberg, 22. März.** Getraucht und hinterwogen. Beim Unfall zu seinem Truppenteil in Kalkau nicht zurückgekehrt ist der Fahrer Grabe aus Ratzberg. Er

hatte auf Ersuchen des Pastors Urlaub zwecks kirchlicher Trauung (Kandessamtlich war sie bereits früher erfolgt) erhalten und war nach Ablauf des Urlaubs am Montag vor acht Tagen wieder abgereist. Seine Frau hatte ihn bis Greiffenberg begleitet. Auf der Weiterfahrt scheint Grabe verunglückt zu sein, da er die Fahrt unterbrach und in hiesiger Gegend zurückgekehrt ist. Der Verwundene wurde ausfindig gemacht und verhaftet.

**Crottan, 22. März.** Fund von Rubelsgeldern. Beim Umbau des an das Bahnhofsgebäude anstoßenden Gutshauses Gieseler'schen Adress wurden 175 russische Rubelsgeldstücke zu je 25 Rubel zutage gefördert, von denen ein erheblicher Teil schon verunndet war. Der Schatz, von dem man annimmt, daß er von der Veranbarung einer russischen Kriegslage herrührt, ist an jener Stelle von einem russischen Gefangenen Anfang September 1914, als hier der erste Gefangenen-Transport aus dem Osten eintraf, vergraben worden, der damals in dem auf dem Gieseler'schen Gutshaus vorläufig errichteten Gefangenenlager untergebracht wurde. Der Fund wurde in behördliche Verwahrung genommen.

**Jauer, 22. März.** Der beizügerische Förster verhaftet. Der von der Staatsanwaltschaft nachdrücklich verfolgte Förster August Binder in Hannover verhaftet worden. Binder wurde bekanntlich Anfang vorigen Monats flüchtig, nachdem er für das Rittergut Kolbnitz vereinnahmte Forstgelder unterzogen hatte.

**Audten, 21. März.** Ohne Uhrmacher. In dem Städtchen Audten ist der einzige Uhrmacher gestorben. Die einzige öffentliche Uhr auf dem Turme der evangelischen Kirche steht seitdem still. Wer also genau wissen will, was die Uhr geschlagen hat, muß auf der Post nachfragen oder sich bis zum Rathaus begeben.

**Posen, 22. März.** Ein Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Großen Berliner Straße. Um diese Zeit näherte sich ein Zug der 2. von Fertig kommend, der Kirchstraße, wo er einem in entgegengekehrter Richtung fahrenden städtischen Fuhrwerk begegnete. Als sich beide Fahrzeuge in gleicher Höhe befanden, stießen plötzlich zwei Pferde in wilder Weise aneinander und jagend, hinter dem Fuhrwerk herum und tiefen direkt vor den Straßenbahnwagen. Das Vorderende der beiden Pferde, die 3 1/2-jährige Tochter Angela des Arbeiters Maciejewski, war im nämlichen Augenblick unter dem Wagen und wurde einige Meter geschleift. Es verstarb eine halbe Stunde nach seiner Einlieferung ins städtische Krankenhaus. Den Führer des Straßenbahnwagens trifft bei diesem bedauerlichen Vorfall keine Schuld.

**Königsgrütze, 21. März.** Etwas von der Duldbarkeit. Vom hiesigen Anpflanzlagar wurde am 17. März Genosse Johann Bäjont, der als Bergmann am 29. Februar infolge einer Explosion schwer verbrannt und dann nach fast vierzehntägigen, qualvollen Leiden gestorben war, zur letzten Ruhe beigesetzt. Genosse Bäjont war ein ruhiger, tüchtiger Arbeiter, der schon dreizehn Jahre der gewerkschaftlichen Organisation angehört, in ihr seit 10 Jahren das Amt eines Vertrauensmannes bekleidet und auch Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins in Neudorf war. Genosse Bäjont hat für seine Ueberzeugung manches Opfer gebracht. Auch von bairischen Schicksalschlägen blieb er nicht verschont. Am härtesten wurde er vor drei Jahren getroffen, als ihm die Gattin starb und sechs Kinder, wovon das Älteste fünfzehn Jahre war, zurückblieb. Seitdem hat er den Haushalt mit den Kindern geführt. Nun ist diesen Kindern der einzige Beschützer, der Vater genommen. Ein gewiß sehr bitteres Geschick. Dem treuen Kameraden das letzte Geleit zu geben, hatten sich viele Gewerkschafts- und Parteimitglieder eingefunden aus der Gegend seines Wohnortes, Antonienhütte, Neudorf. Die Begräbnisfeier des Bergarbeiterverbandes und auch der Ortsverein der sozialdemokratischen Partei waren mit Kränzen vertreten, die nichts Auffälliges erkennen ließen. Demnach wurden sie von dem katholischen Pfarrereiner schonigen Würdigung unterzogen. Als er auf der weißen Stiege der Kirche stand: „Die letzten Grüße, gemeldet vom Sozialdemokratischen Verein Neudorf“, sagte er mit bebender Stimme: „Wenn dieser Kranz möglich, dann gehe ich nicht mit! Wo sind die Angehörigen?“ Genosse Bäjont er sagte dem sehr erregten Herrn, daß in dem großen Kampfe den Deutschen Wägnere, viele Tausende von Sozialdemokraten bluten und sterben, und der Herr Pfarrereine gemäß der Kaiserworte handeln: „Ich kann keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.“ Ferner wurde der Herr Pfarrereine darauf aufmerksam gemacht, daß die Angehörigen des Toten aus sechs Waisenkindern (Waisenkinder) bestanden. Das rührte ihn aber nicht. Er redete auf die Älteste, sechzehnjährige Tochter ein und verlangte im Klaren die Entscheidung darüber, ob er als Pfarrer oder der Kranz mitkommen sollte. Eines von beiden konnte es nur geben. Als das Mädchen vernünftigerweise sagte, daß es wünsche, daß der Herr Pfarrereine, aber auch der Kranz mitkommen sollte, wandte er sich von dem Trauerhofe ab und ging im Vazarchpark mit Steiger Czupka spazieren. Schließlich riefte sie heraus, daß sie der Herr Pfarrereine in der Gesellschaft, wie er sich ausdrücken befehle, bedroht hätte, weil ansonsten seines Amtretens einige Bemerkungen gefallen sein sollten, die ihm nicht paßten. Wenn das geschehen ist, so wird das nicht gut gehen, aber es ist entschuldbar, weil der Herr Pfarrereine durch sein Verhalten dazu Veranlassung gegeben hatte. Nachdem die Trauerfeierung über eine Stunde hatte warten müssen und ein herbeigerufener Polizeibeamter erklärte, daß er an den Kränzen nichts zu befehlen finde, nahm der Pfarrereine die Einsegnung der Leiche vor und befehlte sie auch zum Friedhof. Durch das Verhalten des Herrn Pfarrereine war eine große Weisensammlung entstanden, die vermieden werden konnte.

**Königsgrütze, 22. März.** Selbstmord. Am Montag nachmittags machte die Volksgesundheitshilfswärterin Hedwig Witt von der Tempelstraße 1 ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Schwermut und schlechter Gesundheitsgang haben der 63-jährigen Frau den Strick in die Hand gedrückt.

## Reuma, Gicht, Nervenschmerzen.

Satz in wenigen Tagen wieder vollkommen gesund.

Herr Jakob Sembler, Mödingen bei Ragow, schreibt u. a.: „Seit ich vor vier Jahren folgenden mit: Ich mußte drei Monate im Bett zubringen. Wenn ich den rechten Fuß richtig immer mit Watte umwickelte, konnte ich vor Schmerzen nicht liegen. Ich fing alles an, machte Leise und kalte Wickel, Einreibungen, holte mir aus der Apotheke verschiedene Sachen, doch blieb alles beim alten. Ich nahm sechs Wochen lang innerlich homöopathische Mittel, umsonst. Nach dem Gebrauch von Zogal konnte ich schon am dritten Tage gerade gehen. Inzwischen sind sechs Tage noch im vollkommenen Gesund und es konnte keine ich meinem Verufe nachgehen und ich war nicht mehr krank. So haben mir die Zogal-Tabletten geholfen.“ Nichts Ähnliches ist eines von den zahlreichen, freiwilligen Dankschreiben über die überraschende Wirkung des Zogal bei Rheumatismus, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern und allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen. Es gibt nichts Besseres. Wirklich glänzend begutachtet. Zu niedrigem Preise in jeder Apotheke erhältlich.

